



Liebe DPolG-Mitglieder und Leser/-innen des Polizeispiegels,

die Adventstage stimmen uns auf Weihnachten ein. Viele blicken zurück auf das vergangene Jahr. Ein schweres Jahr für die Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg. Viele Kolleginnen und Kollegen waren in die Polizeireform eingebunden. Manchmal konnte man den Eindruck gewinnen, dass die eigentlichen Kernaufgaben in den Hintergrund rückten, obwohl immer mehr Aufgaben mit weniger Personal zu bewältigen sind. Unterstützungsaufrufe in den Freischichten, geschlossene Einsätze am Wochenende, schwerste Kriminalfälle. Immer weniger Zeit für Familie, Freunde und Zeit zur Regeneration.

An den besinnlichen Tagen denken wir an uns nahestehende Menschen und liebe Kolleginnen und Kollegen, die in den vergangenen Monaten schwer erkrankten oder von denen wir uns gar verabschieden mussten. Es ist gut, wenn wir diese Menschen in ihrer Krankheit begleiten. Und es ist schön, wenn wir diejenigen nicht vergessen, die uns für immer verlassen haben.

Die Polizeireform bringt für viele Kolleginnen und Kollegen Veränderungen. Viele müssen ihren Dienort wechseln, er-

halten eine neue Aufgabe oder sind sogar in der glücklichen Lage, eine lang ersehnte Versetzung in Heimatnähe erreicht zu haben. Für viele Kollegen/-innen kommt zum täglichen anspruchsvollen Dienst ein erhöhter Aufwand hinzu, um zum Dienst beziehungsweise vom Dienst nach Hause zu fahren. Für einige Kollegen/-innen bedeutet dies mehr als 100 Kilometer (einfach) und damit den Verlust der Möglichkeit, jeden Abend nach Hause fahren zu können. Bitter wird es für viele Einsatzbeamte/-innen werden, die an Standorte in über 100 Kilometern Entfernung versetzt werden.

In den vergangenen Monaten waren die DPolG-Personalräte unentwegt unterwegs, um Härten in der Polizeireform zu entgegnen und sich um die kleinen und großen Probleme/Sorgen der Kollegen/-innen zu kümmern. Viele sind bei dieser Tätigkeit an den Rand ihrer persönlichen Belastung gekommen, denn nichts belastet so sehr wie die Feststellung, dass man im einen oder ande-

ren Fall nicht helfen kann. Dass dies nur sehr selten vorgekommen ist, spricht für deren Engagement und den Willen, für die Kolleginnen und Kollegen einzutreten.

Neben den gestiegenen dienstlichen Aufgaben engagieren sich unsere ehrenamtlichen DPolG-Mandatsträger außerhalb der Dienstzeit für die Belange der Beschäftigten. Leider tritt die Abwehr von Eingriffen in die Besoldung und Versorgung immer weiter in den Vordergrund. Die Arbeit im Trend des Immer-mehr, Immer-höher und Immer-weiter wird zunehmend schwieriger. Aber wir sind froh, dass es Kollegen/-innen gibt, die immer noch bereit sind, sich für andere einzusetzen. In einer Gesellschaft sind diese Menschen unverzichtbar. In einem expandierenden Verband wie der Deutschen Polizeigewerkschaft sind sie Garant dafür, dass bei allem, was im nächsten Jahr auf uns zukommt, wir immer Menschen haben, die uns nicht alleinlassen, sondern auch zur Seite stehen.



> Ralf Kusterer

In diesem Sinne danke ich allen unseren Mitgliedern für deren Verbundenheit und Vertrauen. Ein herzliches „Vergelts Gott“ allen DPolG-Personalräten/Mandatsträgern für deren Engagement und Mitarbeit.

Ein besonderer Gruß gilt unseren Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen im Dienst sind und für die Sicherheit von uns allen sorgen.

Ihnen allen, Ihren Angehörigen, Verwandten und Bekannten wünsche ich namens des Landesvorstandes eine besinnliche Adventszeit, ein frohes und gesegnetes Weihnachten sowie ein friedvolles Jahr 2014.

*Ralf Kusterer,
Erster stellvertretender
Landesvorsitzender*

> Umstellung auf das SEPA-Lastschriftverfahren ...

... und Ankündigung des Lastschufteinzugs mittels SEPA-Basis-Lastschrift

Liebes Mitglied,

wir nutzen zum Einzug Ihres DPolG-Mitgliedsbeitrags die Lastschrift (Einzugsermächtigungsverfahren). Ab dem 1. Januar 2014 stellen wir auf das europaweit einheitliche SEPA-Basis-Lastschriftverfahren um. Die von Ihnen bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weitergenutzt. Dieses Lastschriftmandat wird durch die Mandatsreferenznummer (Ihre Mitgliedsnummer) und unsere Gläubiger-Identifikationsnummer **DE41ZZZ00000784834** gekennzeichnet. Bei allen künftigen Lastschriften werden wir beide Nummern angeben. Darüber hinaus ändert sich für Sie nichts. Alle Umstellungsarbeiten übernehmen wir.

Die Lastschriften in Höhe des satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrags werden ab dem 1. Januar 2014 vierteljährlich (1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober) eingezogen. Fällt der Belastungstag auf ein Wochenende oder einen Feiertag, verschiebt sich der Fälligkeitstag auf den folgenden Geschäftstag Ihres Kreditinstituts.

Ende November wurde Ihnen per Post mitgeteilt, von welchem Konto der Einzug erfolgt. Bitte prüfen Sie die darin angegebenen Daten (IBAN und BIC) auf ihre Richtigkeit. Ihre IBAN und BIC finden Sie unter anderem auf Ihrem Kontoauszug. Sollten diese Angaben nicht korrekt sein, bitten wir Sie um Nachricht.

Kontaktieren Sie uns gerne, falls Sie Fragen haben.

*Ihre Landesgeschäftsstelle
Tel.: 0711.24 51 41
info@dpolg-bw.de*

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.5710
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.245141
Telefax 0711.2361053
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Justizministerium beruft DPolG-Mandatsträger zum ehrenamtlichen Richter

Mit Wirkung vom 1. Oktober 2013 hat die ständige Vertreterin von Justizminister Stichelberger und Amtschefin des Justizministeriums Baden-Württemberg, Ministerialdirektorin Bettina Limperg, DPolG-Mandatsträger zum Beamtenbeisitzer/ehrenamtlichen Richter beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim oder bei den Verwaltungsgerichten bestellt. Die Berufung erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

Für Justizminister Rainer Stichelberger ist die Tätigkeit der ehrenamtlichen Richter/Beamtenbeisitzern von großer Bedeutung: „Ehrenamtliche Richterinnen und Richter übernehmen mit ihrem Amt eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe bei den Verwaltungsgerichten. Die Tätigkeit als ehrenamtliche Richterinnen oder ehrenamtlicher Richter verlangt im Einzelfall die Bewältigung von Konfliktsituationen, denen auch Berufsrichterrinnen und Berufsrichter immer wieder ausgesetzt sind. Ihre Lebens- und Berufserfahrung und ihr natürliches Rechtsempfinden sind für die Verwaltungsgerichte unverzichtbar.“

■ VGH Baden-Württemberg



> Ralf Kusterer

Ralf Kusterer, stellvertretender DPolG-Bundesvorsitzender und

Erster stellvertretender Landesvorsitzender Baden-Württemberg, wurde an das oberste Verwaltungsgericht Baden-Württembergs, den Verwaltungsgerichtshof in Mannheim berufen. Bereits seit 2008 war Ralf Kusterer dort in Hauptverhandlungen des 13. Senats beim Verwaltungsgerichtshof (Disziplinarsenat) aus dem Bereich der staatlichen Innenverwaltung einschließlich Polizei eingebunden.

> Info

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim ist das oberste Verwaltungsgericht im Land und für die Entscheidungen über Rechtsmittel gegen Urteile und Beschlüsse der Verwaltungsgerichte, so auch der Disziplinarkammern der Verwaltungsgerichte, zuständig. Der 13. Senat ist als sogenannter Disziplinarsenat für alle Sachen aus dem Bundesdisziplinalgesetz und des Landesdisziplinalgesetzes zuständig. Die Beamtenbeisitzer/ehrenamtlichen Richter des Disziplinarsenats sollen dem Verwaltungszweig, einer von ihnen der Laufbahngruppe des Beamten angehören, der im Mittelpunkt eines Disziplinarverfahrens steht.

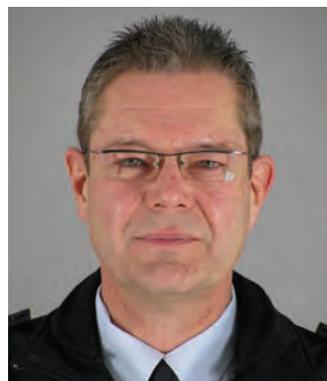
■ VG Freiburg

Der Präsident des Verwaltungsgerichts Freiburg, Jens Michaelis, gratulierte den Kollegen zur Berufung und wies sie in einem Schreiben darauf hin, dass sie nun Inhaber eines Richteramtes sind und die gleichen richterlichen Rechte und Pflichten wie Berufsrichter haben.



> Jürgen Weber

Jürgen Weber, Personalratsvorsitzender der Bereitschaftspolizei Lahr, dortiger Kreisgeschäftsführer und Mitglied in den Bezirks- und Landesgremien, wurde erstmalig an das Verwaltungsgericht in Freiburg berufen. Weber hatte sich in der Vergangenheit hervorragende Kenntnisse auf dem Gebiet des Beamtenrechts und den damit verbundenen Bestimmungen angeeignet. Er ist ein Mann der Praxis, der aus seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Vorsitzender des Örtlichen Personalrats der Bereitschaftspolizei Lahr und als Mitglied im Bezirkspersonalrat beim Bereitschaftspolizeipräsidium einen enormen Erfahrungs- und Wissensreichtum schöpft.



> Thomas Braun

Thomas Braun, stellvertretender Bezirksvorsitzender der

DPolG Südbaden und Freiburger Kreisvorsitzender, wurde ebenfalls erstmalig an das Verwaltungsgericht in Freiburg berufen. Bisher war Berndt Wittmeier dort in zahlreiche Hauptverhandlungen eingebunden. Berndt Wittmeier scheidet mit dem Eintritt in den Ruhestand aus.

■ VG Karlsruhe

Verwaltungsgerichtspräsident Hans Strauß und die Vorsitzende Richterinnen der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Karlsruhe, Christine Warnemünde, beglückwünschten Norbert Schwarzer, Ingo Tecquert und Eberhard Wetzel zur Berufung. In einem Schreiben an die Kollegen weist die Vorsitzende Richterinnen der Disziplinarkammer darauf hin, dass sie in ihrer Tätigkeit als Mitglied der Disziplinarkammer richterliche Unabhängigkeit genießen und bei den Abstimmungen ihre Stimme das gleiche Gewicht wie die der anderen Kammermitglieder habe.



> Norbert Schwarzer

Norbert Schwarzer, DPolG-Landeshauptvorstandsmitglied und Sprecher für den Freiwilligen Polizeidienst, wurde erstmalig an das Verwaltungsge-



richt in Freiburg berufen. Er wird als ehrenamtlicher Richter in Verfahren aus dem Bereich der staatlichen Innenverwaltung in Hauptverhandlungen der 11. Kammer eingebunden werden.



> Eberhard Wetzel

Eberhard Wetzel, stellvertretender Bezirksvorsitzender der DPoIG Nordbaden und Kreisvorsitzender Rastatt/Baden-Baden, wurde erneut an das Verwaltungsgericht in Karlsruhe berufen. Bereits seit 2008 gehört Kollege Wetzel dem VG Karlsruhe als ehrenamtlicher Richter/Beamtenbeisitzer an.

Ingo Tecquert, stellvertretender Vorsitzender des DPoIG-Bezirksverbandes Bereitschaftspolizei, wurde erstmalig an das Verwaltungsgericht in Karlsruhe berufen. Die Bandbreite der Entscheidungen, in denen er mitwirken wird, reicht vom Verweis bis hin zur Entfernung aus



> Ingo Tecquert

dem Beamtenverhältnis oder die Aberkennung des Ruhegehaltes.

> Info

Die Disziplinarkammern entscheiden regelmäßig in der Besetzung von zwei Richtern und einem Beamtenbeisitzer als ehrenamtlicher Richter. Der Beamtenbeisitzer soll dem Verwaltungszweig und der Laufbahngruppe des Beamten angehören, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet. ■

■ VG Stuttgart

Anja Prottengeier, stellvertretende Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende Stuttgart, wurde an das Verwaltungsgericht in Stuttgart berufen. Die Verwaltungsgerichtspräsidentin Gudrun Schraft-Huber dankte Anja Prottengeier für deren Engagement und die Bereitschaft zur Übernahme dieser wichtigen Aufgabe. Kolle-



> Anja Prottengeier

gin Prottengeier wurde der 20. Kammer (Disziplinarkammer Land) zugewiesen. Dort werden Verfahren nach der Landesdisziplinarordnung und Verfahren nach dem Landesdisziplinalgesetz behandelt. Für Verfahren aus dem Bundesrecht gibt es beim VG Stuttgart eine eigene Kammer.

■ VG Sigmaringen

Das VG Sigmaringen ist zuständig für Disziplinarverfahren der Beamtinnen und Beamten des Landes sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Regierungsbezirk Tübingen einschließlich der Ruhestandsbeamten.

Christoph Binder, Mitglied des DPoIG-Kreisvorstandes Bereitschaftspolizei Biberach und Vorsitzender der dortigen JUNGEN POLIZEI, wurde erstmalig an das Verwaltungsgericht in



> Christoph Binder

Sigmaringen berufen. Der Präsident des Verwaltungsgerichts Sigmaringen, Dr. Franz-Christian Mattes, und Vorsitzende der Disziplinarkammer, Vizepräsident Hans-Joachim Brasch, gratulierten Christoph Binder zur Berufung.

> Info

Die Disziplinarkammern entscheiden in der Regel aufgrund einer mündlichen Verhandlung, oder – in den gesetzlich dafür vorgesehenen Fällen – durch Beschluss ohne mündliche Verhandlung. Die disziplinarrechtlichen Verfahren, die beim Verwaltungsgericht eingehen, werden bis zu ihrer Entscheidungsreife von den Berufsrichtern bearbeitet. Sobald sie entscheidungsreif sind und die mündliche Verhandlung stattfinden soll, werden die ehrenamtlichen Richter/Beamtenbeisitzer benachrichtigt. ■

Tariftagung der DPoIG Südbaden

Am 30. Oktober 2013 trafen sich in Breisach-Oberrimsingen die Tarifvertreter der DPoIG zur ihrer Bezirkstariftagung des Regierungsbereiches Südbaden.

Der Bezirkstarifbeauftragte Martin Schuler konnte in seiner Eröffnungsansprache den Bezirksvorsitzenden Berndt Wittmeier sowie den Vorsitzenden des Bezirkspersonal-

rates, Jürgen Vogler, herzlich begrüßen. Er dankte den beiden für ihr Kommen und nahm die Gelegenheit wahr, in dem Kreise Berndt Wittmeier für sein Engagement,

das er immer im Tarifbereich zeigte, zu danken. Berndt Wittmeier wird mit Ablauf des Monats November in seinen wohlverdienten Ruhestand gehen.



Er gab in seinen Grußworten einen kleinen Abriss, wie er seinen Bezirk unter Benno Gregg und Dieter Berberich aufbaute und immer den Tarifbereich im

Auge hatte. Es ist ihm gelungen, einen sehr gut funktionierenden Bezirksverband Südbaden aufzubauen. Er stellte noch einmal einige Erfolge dar,

die durch die DPoLG erreicht werden konnten.

Im Anschluss daran referierte Jürgen Vogler über die Arbeit des noch bestehenden Bezirkspersonalrates.

Unser Landestarifbeauftragter Manfred Riehl berichtete über die Aktivitäten der DPoLG-Landestarifkommission, über die Erreichbarkeit auf der Homepage sowie über die Möglichkeit, Fragen über das Tarifrecht schnell und zuverlässig beantwortet zu bekommen. Es steht allen die Möglichkeit offen, über info@dpolg-bw.de Anfragen zu stellen und kurzfristig eine Antwort zu bekommen.

Das neue LPVG sowie die darin versteckten Gefahren wurde den Anwesenden durch Michael Schöfer in seinem Referat erklärt. Insbesondere die Quotenregelung darf nach Ansicht der Teilnehmer so nicht im Gesetz verabschiedet werden. Hier muss eine Nachbesserung erfolgen.

Sollte dies nicht gelingen, wird die DPoLG die Gerichte in Anspruch nehmen müssen.

Zum Abschluss bedankte sich der Bezirkstarifbeauftragte Martin Schuler bei den Teilnehmern und wünschte allen einen guten Nachhauseweg.

> Vollarrechnung von Bereitschaftszeiten

Die DPoLG setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass Einsatzzeiten geschlossener Einheiten vollumfänglich als Arbeitszeit anerkannt und vergütet werden.

Durch das Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 25. Januar 2011 (Az. 5 LC 178/09) wurde entschieden, geleistete Bereitschaftsdienste wie Volldienst zu behandeln. Das Land Niedersachsen ging nach dem Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts in Revision (Az. 2 C 10.11). Dieses Musterklageverfahren wurde nunmehr durch einen Vergleich am 13. September 2013 beendet. Laut dem Vergleich gleicht Niedersachsen den eingesetzten niedersächsischen Beschäftigten ihre Bereitschaftsdienst-

stunden für die Castor-Einsätze der Jahre 2005 bis 2011 in vollem Umfang durch Freizeit aus. Die Vereinbarung gilt aber nur für diese Einsätze und beinhaltet keine finanzielle Abgeltung anstelle des Freizeitausgleichs.

Aufgrund des damals anhängigen Musterklageverfahrens, beantragten viele unserer betroffenen Mitglieder, die Zeiten des erbrachten Bereitschaftsdienstes vollumfänglich in das Arbeitskonto einzustellen und hierfür Freizeitausgleich zu gewähren beziehungsweise den Ausgleich in Geld, falls der Freizeitausgleich aus dienstlichen Gründen nicht mehr möglich ist. Die Anträge wurden seitens des Innenministeriums ruhend gestellt und bislang nicht beschieden. Zudem wurde generell auf

die Einrede der Verjährung für Ansprüche aus dem Jahr 2009 bis zum 31. Dezember 2013 verzichtet.

Die vorinstanzliche Entscheidung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts, auf die sich die Anträge berufen, ist mit dem Vergleichsschluss gegenstandslos geworden. Ein Grund des Ruhens der Anträge ist mithin nicht mehr gegeben. Ein rechtsbehelfsfähiger Bescheid hat zeitnah zu erfolgen, ansonsten droht auch hier die Verjährung der Ansprüche. Die DPoLG wird beim Innenministerium darauf drängen. Sollten die Zeiten nicht voll anerkannt werden, muss gegen den Bescheid **Widerspruch** erhoben werden. Hierzu ist die **Widerspruchsfrist** zu beachten. **Setzen Sie sich bit-**

te unmittelbar nach Eingang des Bescheides mit der Rechtschutzabteilung der Landesgeschäftsstelle in Verbindung!

Kolleginnen und Kollegen, die **zur Sicherung ihrer Ansprüche aus den Jahren 2009 und 2010 noch keinen Antrag gestellt haben, sollten dies zur Vermeidung der Verjährung bis spätestens zum 31. Dezember 2013** tun. Zuständig für die Entgegennahme und Bearbeitung dieser Anträge ist die jeweilige personalführende Stelle, auch wenn die geltend gemachten Bereitschaftsdienste bei einer anderen Dienststelle geleistet worden sind. **Musteranträge** erhalten Sie von unserer Landesgeschäftsstelle unter Telefon: 0711.245141 oder per E-Mail unter info@dpolg-bw.de.

Jahreshauptversammlung des KV Calw

Am 29. Oktober 2013 fand die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Calw statt, an der für den Landesvorstand Egon Manz (Bezirksvorsitzender Nordbaden) und Eberhard Wetzel (Vorstandsmitglied) teilnahmen.

Hans Beuter gab einen kurzen Rückblick auf die Aktivitäten im vergangenen Jahr und dankte für die rege Teilnahme an der Demo in Stuttgart. Die Teilnehmer hätten dafür freinehmen und einiges auf sich nehmen müssen, was nicht als

Selbstverständlichkeit anzusehen sei. Er fasste den Verlauf des IBV zusammen und stellte die Situation der verbleibenden Kolleginnen und Kollegen im Landkreis Calw dar und gab einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit des Personalrats.

Er verabschiedete die Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreisverband, die in Zukunft an anderen Standorten ihren Dienst verrichten werden, bedankte sich beim Leiter der Polizeidirektion Calw für seine „Treue zur DPoLG“ und wünscht



ihm für den nahen Ruhestand alles Gute.

Klaus Pfeiffer trug den Kassenbericht vor, der äußerst positiv ausfiel. Peter Schmid als Kassenprüfer bescheinigte eine, wie immer, hervorragende Kassenführung, worauf die Versammlung den Schatzmeister entlastete.

Für 25 Jahre Mitgliedschaft in der DPoLG wurden Elke Heilig, Monika Holzhauser und Jürgen Hammann geehrt. Werner Kus-

terer und Bernd Rexer können auf 40 Jahre zurückblicken.

Anschließend berichtete Egon Manz aus der Arbeit im Bezirksverband. Dabei lobte er die Stabilität des Kreisverbands Calw und betonte, dass es sehr wichtig sei, auch die „Kleinen“ zu stützen. Im Anschluss folgte eine angeregte Diskussion über die „Neue Welt“ im Jahr 2014, zum Beispiel über die Personalproblematik, Arbeitsqualität, Ausstattung, Dienstvereinbarungen und so weiter. ■



> Kreisvorsitzender Hans Beuter bei seinem Rückblick; daneben Egon Manz und Eberhard Wetzel (von rechts)

> Zusatzurlaub

DPoLG fordert Zusatzurlaub auch für die operativen Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei, die Einsatzhundertschaft des PP Stuttgart und der BAO-Züge Nordbaden.

In einer Stellungnahme des DPoLG-Landesverbandes zur Änderung der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung und der damit verbundenen Gewährung von freien Arbeitstagen durch Zusatzurlaub, hat der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende Ralf Kusterer die Einbeziehung der Einsatzhundertschaft des Polizeipräsidiums Stuttgart, der BAO-Züge in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg sowie

der operativen Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei gefordert.

Nach Auffassung des Landesverbandes fallen diese operativen Einsatzeinheiten ebenfalls unter den neuen § 22 Abs. 5 AzUVo. Die DPoLG fordert deshalb die dem Wechselschichtdienst vergleichbaren Einsatzzeiten und besonderen Belastungen rechtlich dem Wechselschichtdienst umfänglich gleichzustellen. Weiterhin fordert die DPoLG, die beabsichtigte Neuregelung auch auf andere Beschäftigte, die unter vergleichbaren Bedingungen arbeiten, aus-

zuweiten. Zukünftig sieht Kusterer weitere Polizeibereiche, wie etwa den neuen Kriminaldauerdienst, der berücksichtigt werden muß.

Abschließend wies Kusterer darauf hin, dass durch die – grundsätzlich zu begrüßenden – erhöhten Urlaubsansprüche der älteren Kolleginnen und Kollegen auf die Jüngeren höhere Belastungen bei gleichen Aufgabstellungen zukommen. Dem muss seines Erachtens durch eine entsprechende strukturelle und personelle Ausstattung Rechnung getragen werden. ■

Christiane Eiermann neue ÖPR-Vorsitzende

Einstimmige Nachwahlen bei der Polizeidirektion Heidelberg

Durch das Ausscheiden des ehemaligen Vorsitzenden Peter Henn wurde für die restlichen drei Monate des Bestehens der Polizeidirektion Heidelberg eine Nachwahl für den örtlichen Personalrat notwendig. Durch ihre in den zurückliegenden Jahren nachgewiesene Kompetenz war es nicht verwunderlich, dass die bisherige stellvertretende Personalrätin Christiane Eiermann zur Beamtinnenvertreterin und anschließend zur Vorsitzenden vorgeschlagen wurde. Die durchgeführten Wahlen bestätigten das ihr entgegengebrachte Ver-

trauen. Beide Wahlvorgänge fielen für sie einstimmig aus. Bei der anschließenden Nachwahl in den Vorstand gingen ebenso alle Stimmen an das Personalratsmitglied Hans-Joachim Hohenadel. Er kommt aus dem nördlichen Teil des Direktionsbereichs der PD Heidelberg. Zuletzt als Sachbearbeiter im Bezirksdienst des Polizeireviers Weinheim mit Schwerpunktthema Stalking und häusliche Gewalt, war er als sachkundiger und ausgeglichener Ansprechpartner innerhalb der Kollegenschaft, vor allem aber bei den Bürgern, sehr beliebt. Mit seiner

Wahl hat das Personalratsbüro einen würdigen Nachfolger für die verantwortungsvolle Aufgabe gewonnen. Zugleich erfolgte auch die Antragstellung zur Freistellung seines bisherigen

Aufgabenbereiches. Mit beiden Wahlen haben die Beschäftigten der Polizeidirektion Heidelberg für den Rest des Jahres ein kompetentes und anerkanntes Personalratsteam an ihrer Seite. ■



> Das Büro-Team auf dem Bild: Christiane Eiermann, Birgit Schmitt, Hans-Joachim Hohenadel, Manfred Riehl

DPolG-Wasentreff: Begegnungen mit Kolleginnen und Kollegen, Polizeiführung, Wirtschaft und Politik

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen lockte der DPolG-Wasentreff wieder nach Stuttgart.

In gemütlicher und ausgelassener Wasenstimmung trafen

sich unter dem Banner der DPolG auch wieder zahlreiche Führungskräfte der Polizei, Vertreter des Beamtenbundes und Seniorenverbandes. Innenminister Gall besuchte die

Wasenwache und kam dann mit dem neuen stellvertretenden Landespolizeipräsidenten Herrn von Moser und dem Inspekteur der Polizei, Herrn Werner, zur DPolG-Loge.

Auch Vertreter/-innen der BBBank folgten der Einladung in die Schwabenwelt. ■



Waldemar Futter im Gespräch mit Dieter Hoffmann (von links)



Anja Prottengeier und Ralf Kusterer mit Min Reinhold Gall (von links)

Bezirkstarifkonferenz in Nordbaden tagte in Karlsruhe

Versetzungen im Tarifbereich einvernehmlich geregelt

Anfang Oktober trafen sich die DPolG-Tarifvertreter aus Nordbaden zu ihrer jährlichen Bezirkstarifkonferenz in Karlsruhe-Wolfartswieher. Selbstverständlich war hierbei die unmittelbar bevorstehende Polizeireform Themenschwerpunkt. Daneben gab es den gewohnten Überblick über die aktuelle Rechtsprechung sowie die geplanten Änderungen des Landespersonalvertretungsgesetzes.

DPolG-Landestarifbeauftragter Manfred Riehl berichtete mit Genugtuung über die Ver-

setzungen im Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe. Von insgesamt 1 004 Versetzungsverfügungen im Tarifbereich blieben ganze zwei übrig, bei denen der Bezirkspersonalrat mit der Landespolizeidirektion verhandeln musste. Wir sind zuversichtlich, dass man auch diese bald zur Zufriedenheit der Beschäftigten löst. Durch die gute Vorarbeit der Personalräte in den Personalkommissionen wurden schon im Vorfeld viele strittige Fälle einvernehmlich geregelt, dabei lag das Augenmerk der Personalvertreter

natürlich auf der sozialverträglichen Umsetzung der Reform. Fakt ist, so Riehl, dass im Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe kein Tarifbeschäftigter gegen seinen Willen an einen anderen

Dienstort versetzt wird. Unsere Arbeit hat sich also gelohnt, so Riehls Resümee.

Breiten Raum nahm auch die geplante Änderung des Landespersonalvertretungsgeset-





zes ein. Michael Schöfer, stellvertretender Landestarifbeauftragter der DPoIG BW, informierte die Tarifvertreter anhand des vorliegenden Gesetzentwurfs über den augenblicklichen Sachstand. Wesentlicher Kritikpunkt ist und bleibt hierbei die „verbindliche Geschlechterquote“, die in den Personalräten der Landespolizei bei den Arbeitnehmern unabhängig vom Wählerwillen zu einer männerfreien Zone

führen könnte. Durch hartnäckiges Nachbohren bei den Parlamentariern gibt es allerdings inzwischen Signale, dass der Gesetzgeber dieses verfassungsrechtlich bedenkliche Vorhaben aufgeben könnte.

Beim Überblick über die Rechtsprechung stach das Urteil des Europäischen Gerichtshofes hervor, welches bei der Umrechnung des nicht genommenen Urlaubs vor der Elternzeit

und gleichzeitigem Wechsel von Vollzeit auf Teilzeit zu einer Verdoppelung des Urlaubsanspruchs führt.

Teamarbeit ist schon lange das Credo von Manfred Riehl. Und deshalb wies er nach dem regen Meinungsaustausch abermals darauf hin, dass er und sein Stellvertreter jederzeit – am besten per E-Mail – für Fragen und Problemlösungen zur Verfügung stehen.

Ein Angebot, das seit vielen Jahren rege genutzt wird. Überrigens landesweit, nicht nur in Nordbaden.

Bei alledem durfte natürlich der Hinweis auf die Landeshomepage der DPoIG nicht fehlen, auf der die Tarifvertretung alle relevanten Tarifverträge, Gesetze und sämtliche seit 2006 gestreuten Informationen eingestellt hat. (www.dpolg-bw.de) ■

Abschiedsfest „PD Ade“ der Polizeidirektion Freiburg fand am 17. Oktober 2013 in Umkirch statt

Am 17. Oktober 2013 fand das Abschiedsfest der Polizeidirektion Freiburg „PD Ade“ beim Autobahnpolizeirevier Umkirch statt. Eingeladen waren alle aktiven und ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Freiburg. Für das leibliche Wohl und die musikalische Umrahmung durch das Freizeit-Musik-Corps Freiburg war gesorgt. Selbst an einen Shuttle-Bus, der von der Deutschen Polizeigewerkschaft zur Verfügung gestellt wurde, hatte das PD-Ade-Team gedacht. Dieser Fahrdienst fand großen Anklang

und wurde auch von vielen genutzt. Zahlreiche aktive und ehemalige Kolleginnen und Kollegen genossen die im ansprechenden Rahmen ausgerichtete Abschiedsfeier der PD Freiburg.

Mit einem kurzen Grußwort eröffnete PD-Leiter Alfred Oschwald die Veranstaltung und bedankte sich ausdrücklich für das Engagement der Kolleginnen und Kollegen des Organisationsteams. Das Team richtete mit der finanziellen sowie materiellen Gewerkschaftsunterstützung ein wunderbares Abschiedsfest aus. ■



Bezirkstarifkonferenz und Bezirkstagung der JUNGEN POLIZEI Süd-Württemberg

Den Einladungen zu den Bezirkskonferenzen für den Tarifbereich und für die JUNGE POLIZEI in Süd-Württemberg in die Gaststätte „Löwen“ in Erpfingen waren dieses Jahr zahlreiche Dele-

gierte der einzelnen Kreis- und Ortsverbände gefolgt.

Bezirksvorsitzender Hanse Maier begrüßte die Teilnehmer/-innen und infor-

mierte über die Arbeit der DPoIG auf Landes- und auf Bezirksebene. Beherrschendes Thema war natürlich die Polizeireform und die momentan laufende Beteiligung der Personalvertretungen im Zusammenhang mit der „sozialverträglichen Umsetzung“.

Im weiteren Verlauf wurden die Tagungen in den einzelnen Fachbereichen getrennt weitergeführt. Bei dem Vortrag für den Tarifbereich, der durch den

Landestarifbeauftragten Manfred Riehl und den stellvertretenden Landestarifbeauftragten Michael Schöfer unter dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ in gewohnt kurzweiliger und gut informierter Weise dargeboten wurde, war die Polizeireform ebenfalls das beherrschende Thema und die einzelnen Problemfelder wurden entsprechend beleuchtet. Hierzu zählen sämtliche tarif- und eingruppierungsrechtliche Aspekte – sowohl bei Verset-





zungen als auch bei einer Zusammenlegung von Tätigkeitsgebieten. Auch die Auswirkungen durch die Änderungen im geplanten neuen Landespersonalvertretungsrecht wurden erläutert und mögliche Fallstricke aufgezeigt.

Der Landesvorsitzende der JUNGEN POLIZEI, Daniel Jung-

wirth, informierte die Delegierten der Nachwuchsorganisation über die Arbeit auf Bundes- und Landesebene und warb für eine rege Mitarbeit in den Gremien der JUNGEN POLIZEI. Insbesondere hob er auf die vielfältigen Veranstaltungen, auf die Betreuungseinsätze und auf die verschiedenen Foren der JUNGEN POLIZEI ab.

Nach einem Tag voller Informationen und angeregter Diskussionen waren sich die Teilneh-

mer einig, die nächste Tagung keinesfalls versäumen zu dürfen.



DPoIG-Wonneproppen: Web-Sieger des Monats November 2013

Viele DPoIG-Mitglieder klickten sich durch die Fotogalerie der DPoIG-Wonneproppen und wählten dadurch den Wonneproppen-Sieger des Monats November 2013!

Das Baby mit den meisten Klicks hat gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch an das Web-Sieger-Baby Mika Roßmanith.



Mika Roßmanith +++ 1/4/13 +++
+++ 4280 g +++ 54 cm

Die Eltern erhalten von der DPoIG ein Präsent.

Wonneproppen-Kandidaten Dezember 2013

Heute stellen wir Ihnen die Kandidaten zur Wahl des Wonneproppens des Monats Dezember 2013 vor, die ihre Bewerbung bis zum Redaktionsschluss eingereicht haben. Bitte stimmen Sie unter www.dpolg-bw.de ab und wählen Sie den DPoIG-Wonneproppen des Monats Dezember 2013.

Den Web-Sieger stellen wir jeweils in der folgenden Ausgabe des POLIZEISPIEGELS vor.



Sophie Marie Stöcklin +++
6/8/13+++ 3340 g +++ 50 cm



Nele Reuß +++ 2/8/13
+++ 3780 g +++ 53 cm



Jonas Jung +++ 7/10/13
+++ 3990 g +++ 57 cm



Liam Lennox Beier +++ 3/10/13
+++ 3010 g +++ 51 cm